

Menschenrechte

Am 2. Februar wurde die Leiche von Molavi Ahmad Sayyad am Rande der Stadt Bandar Abbas gefunden. Fünf Tage zuvor war der Geistliche bei der Rückkehr von einer Auslandsreise von iranischen Militärs verhaftet worden. Sayyad gehörte zur sunnitischen Bevölkerungsminderheit und saß schon einmal für fünf Jahre in Haft. Die iranische Führung schweigt zu dem Vorfall.

17 Jahre nach der Islamischen Revolution geschehen politische Morde und Exekutionen im Iran zumeist vertuscht. Laut amnesty international (ai) sitzen derzeit „Tausende“ politische Gefangene in iranischen Gefängnissen. Genauere Zahlen nennt die Gefangenenhilfsorganisation nicht, weil häufig politische Häftlinge unter anderen Vorwänden inhaftiert werden.

Seit Anfang des Jahres sind 25 im Iran vollstreckte Todesurteile dokumentiert. Doch die Dunkelziffer ist laut ai „sehr hoch“. Von fairen Gerichtsverfahren könne nicht gesprochen werden, die Straftatsbestände seien sehr vage.

Laut ai haben in den letzten Jahren auch Körperstrafen zugenommen. Dazu gehören Amputationen im Falle von schwerem Diebstahl, Steinigungen von Frauen bei Ehebruch und Auspeitschungen bei Verstößen gegen die islamische Kleiderordnung. Vielfach werden diese Strafen auch in Geldstrafen umgewandelt. Zahlen darüber existieren nicht.

Konkretere Angaben werden von dem UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverletzungen im Iran erwartet. Der Kanadier Maurice Danby Copithorne hielt sich Anfang des Monats in der Islamischen Republik auf. Seinen Bericht erwartet auch die iranische Führung mit Spannung. Iranische Medien fordern eine weitere Kooperation mit der UNO in Sachen Menschenrechtsfragen davon abhängig zu machen, daß der Bericht „positiv“ ausfalle. **taud**

Für die Bundesregierung war er ein Dialogpartner. Ein Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof läßt nun nach Irans Geheimdienstminister Ali Fallahian suchen: Er soll iranische Oppositionelle in Berlin liquidiert haben.

Kritischer Dialog mit einem Mörder

EU fordert von Iran Verurteilung des Terrorismus. taz liegt Haftbefehl gegen Geheimdienstminister vor

Berlin (taz) – Iran droht den Europäern: Wenige Tage vor einem Besuch der Außenminister Italiens, Spaniens und Irlands in Teheran sagte Ajatollah Emami Kaschani gestern, wer sich gegen Iran stelle, „stellt sich gegen den Islam, und das bedeutet, sich gegen eine Ideologie zu stellen, der gegenwärtig über eine Milliarde Menschen in aller Welt folgen“. Ziel des Besuches der sogenannten EU-Troika ist es, vom iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani eine klare Verurteilung des internationalen Terrorismus zu erhalten. Von dessen Antwort will die EU die Fortführung der Politik des „kritischen Dialoges“ abhängig machen.

Bei ihrem Treffen werden die Politiker über einen Mann zu reden haben, der sich nach Ansicht des Bundesgerichtshofs aus eigener Willkür zum Herrn über Leben und Tod anderer gemacht hat, indem er aus niederen Beweggründen vier Menschen getötet haben soll: Rafsandschanis Kabinettskollege, der iranische Geheimdienstminister Ali Fallahian. Der Haftbefehl des Bundesgerichtshofs, der der taz vorliegt, läßt keinen Zweifel daran, daß Fallahian auf die Anklagebank des Berliner Mykonos-Prozesses gehört. Wegen der Morde an vier iranisch-kurdischen Oppositionspolitikern in dem Berliner Lokal im September 1992 müssen sich seit über zwei Jahren fünf Männer vor dem Berliner Landgericht verantworten.

Sollten sich die BGH-Beschuldigungen gegen Fallahian bewahrheiten, wäre damit auch ein vernichtendes Urteil über den „kritischen Dialog“ Außenminister Klaus Kinkel gefällt. Denn für den Ermittlungs-

Anschlag der Verdacht iranischer Terroraktivitäten im Ausland gegeben. Unter anderem fällt auch die Ermordung des ehemaligen iranischen Ministerpräsidenten Bakhtiar im August 1991 bei Paris nach seiner Ansicht in die Zuständigkeit des von Fallahian geleiteten Ministeriums.

Der Richter geht davon aus, daß der Iran oppositionelle Gruppen nicht nur verbietet, sondern deren Repräsentanten auch außerhalb der eigenen Landesgrenzen verfolgt. Daß diese Verfolgung auch die physische Vernichtung einschließt, werde durch den Mordanschlag vom 13. Juli 1989 auf die damalige Führung der Demokratischen Partei Kurdistans in Wien belegt. Dabei wurden der Vorsitzende der Partei und sein Stellvertreter erschossen. Der ehemalige iranische Erziehungsminister Ganji habe geschildert, daß er von Teheran mit dem Tode bedroht werde. Dies werde bestätigt durch ein Schriftstück, welches erkennen lasse, daß an der Umsetzung des darin enthaltenen Tötungsbefehls vor allem Fallahians Ministerium beteiligt sei.

Fazit des Bundesgerichtshofs: Die Liquidierung Oppositioneller sei dem Geheimdienstministerium übertragen. Chef des gesamten Apparates sei Fallahian, der in dieser Eigenschaft zugleich dem Nationalen Sicherheitsrat angehöre, in welchem solche Maßnahmen beraten und beschlossen würden. Gleichfalls Mitglied dieses Sicherheitsrates ist Ministerpräsident Rafsandschani, der Mann, von dem die EU-Außenminister nun eine Verurteilung des internationalen Terrorismus erwarten.

Dieter Rulff

AA0002588

Mörder im Dienst Allahs